

## Befehl zum Vorgehen gegen die Initiatoren des Appells "Tschernobyl wirkt überall"

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl fürchtete die Stasi das Erstarken der Anti-Atomkraft-Bewegung in der DDR. Von Anfang an bemühte sich die Geheimpolizei, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Der Super-GAU im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 war der bis dahin schwerste nukleare Unfall bei der zivilen Nutzung der Kernkraft. Die unkontrolliert entworfene Radioaktivität war immens, und die Langzeitfolgen der Strahlenbelastung halten bis heute an.

Für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR bedeutete Tschernobyl eine Herausforderung: Unmittelbar musste der politische und ideologische Schaden für die SED-Diktatur begrenzt werden. Das Credo „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ wirkte nach dem Unglück hohl. Das eigene ehrgeizige Kernenergieprogramm verlor merklich an Vertrauen, basierten die Reaktoren doch ebenfalls auf sowjetischer Technik.

Zudem erhielt die ostdeutsche Anti-Atomkraft-Bewegung Zulauf. Weil sie in Opposition zur Kernenergiepolitik, zur Umweltpolitik und zur Informationspolitik der SED-Führung stand, wollte die Staatssicherheit sie nun konsequent bekämpfen.

Auch der Wirtschaft der DDR drohte Schaden: Die Bundesrepublik, ein wichtiger Abnehmer von Lebensmitteln aus Ostdeutschland, ließ aus Angst vor verstrahlter Ware die Lieferungen nicht mehr ohne weiteres über die Grenze.

Die tiefe Beunruhigung der Bürger nach dem Super-GAU von Tschernobyl ließ sich nicht einfach bei Seite wischen. Das Reaktorunglück mit seinen unabsehbaren Folgen für die Natur war ein wichtiger Impuls für die Umweltbewegung der DDR. Bereits Anfang Juni 1986 musste die Stasi registrieren, dass Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR zahlreiche Aktionen zu Tschernobyl organisierten.

Besondere Aufmerksamkeit der Stasi weckte der Appell "Tschernobyl wirkt überall". Mitglieder und Sympathisanten der Friedens- und Umweltbewegung richteten unter dieser Überschrift einen Appell an Regierung und Bevölkerung. Am 5. Juni 1986 - dem Weltumwelttag - wurde der Aufruf dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates und der staatlichen Nachrichtenagentur ADN übergeben. Der Appell richtet sich nicht nur gegen die zivile Nutzung der Kernenergie, sondern geißelt auch die verschleiernde Informationspolitik der DDR.

Die Stasi reagierte sofort. Mielke-Stellvertreter Rudi Mittig wies alle Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit an, "politisch-operative Maßnahmen" gegen die Unterzeichner des Appells einzuleiten, weitere Pläne der Organisatoren aufzudecken und diese frühzeitig zu verhindern. Insbesondere sollte die weitere Verbreitung des Appells unterbunden werden.

---

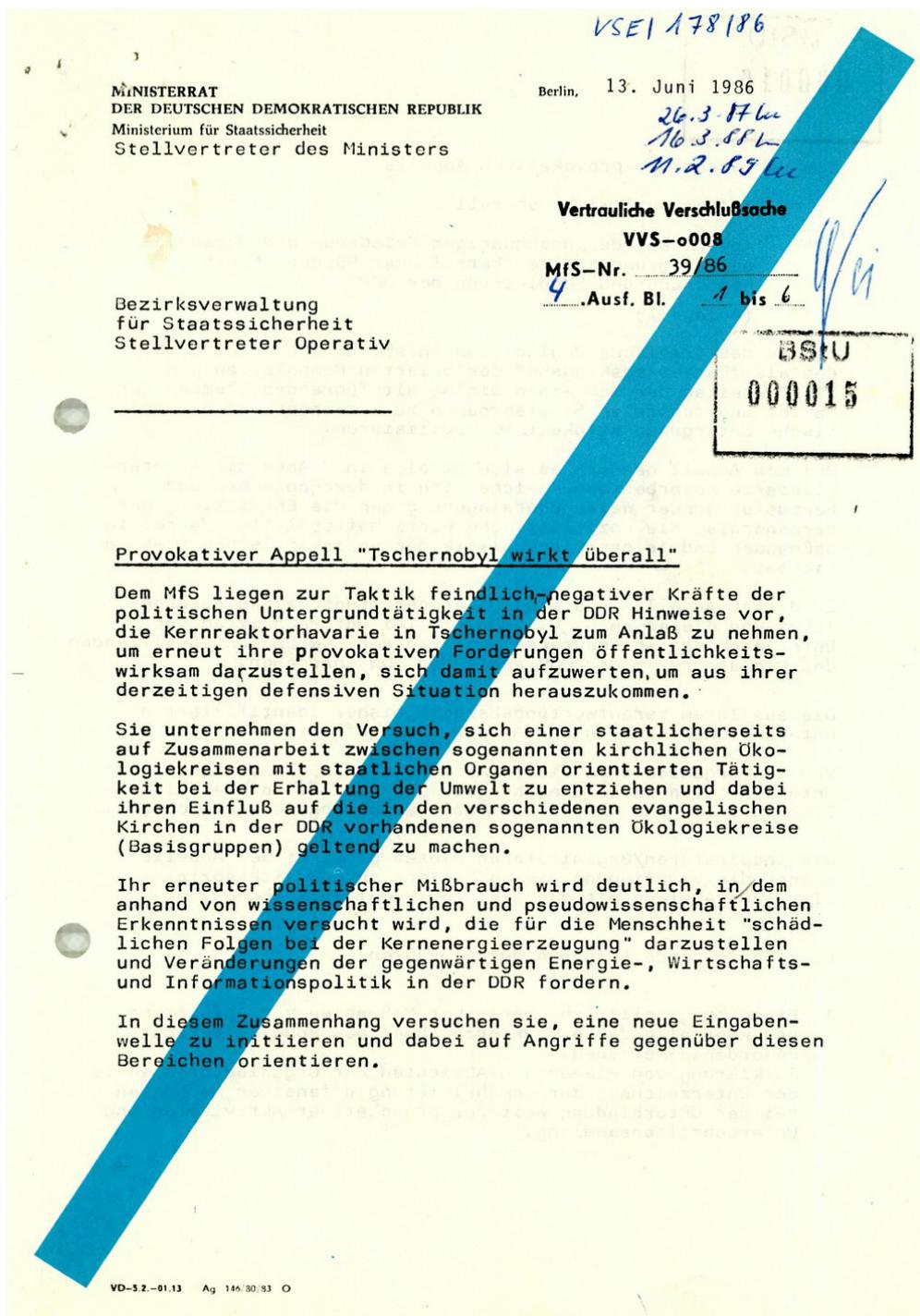
**Signatur:** BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 333, BL 15-17

---

### Metadaten

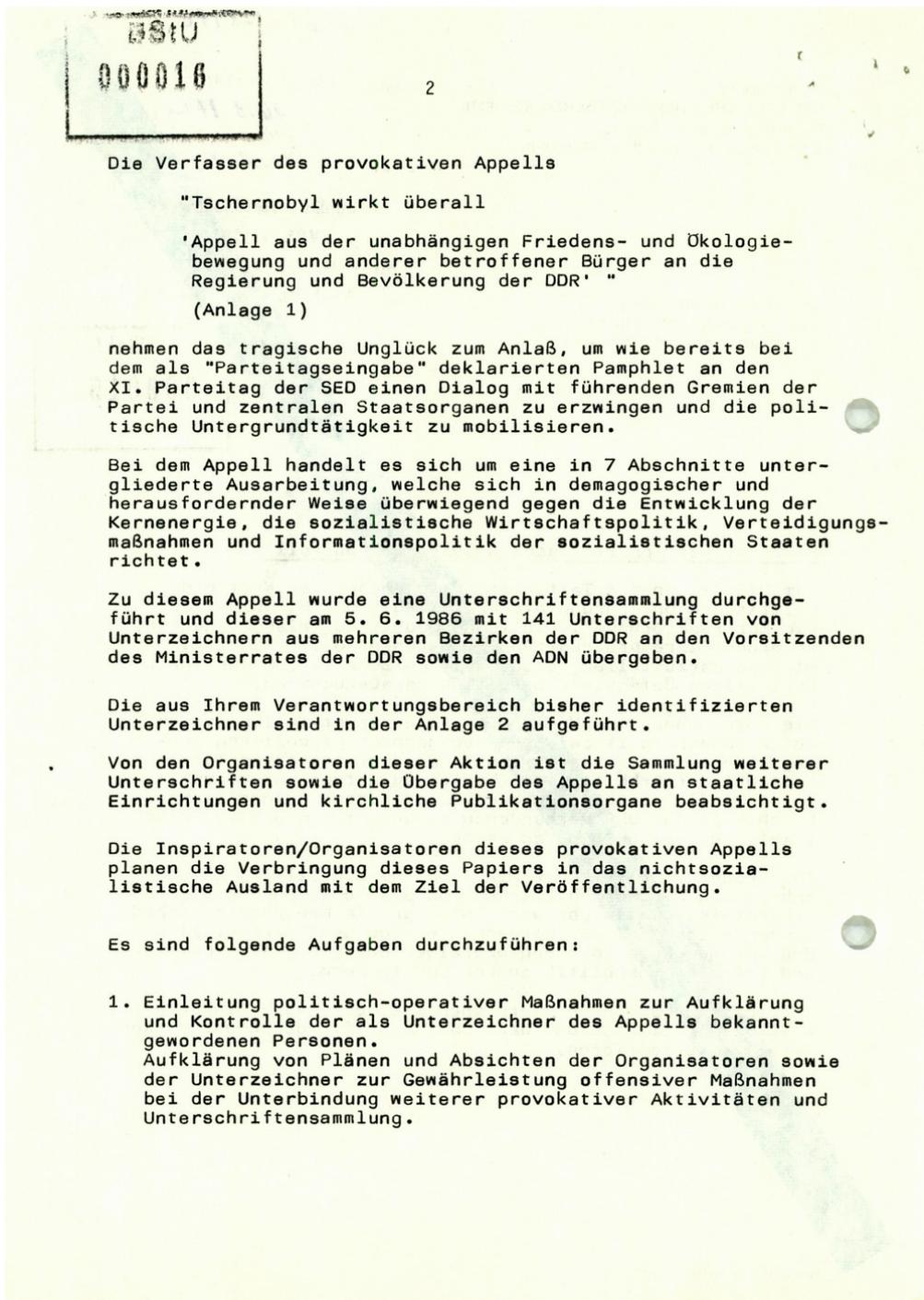
Diensteinheit: Sekretariat Neiber      Datum: 13.6.1986

**Befehl zum Vorgehen gegen die Initiatoren des Appells "Tschernobyl wirkt überall"**



**Signatur:** BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 333, Bl. 15-17

Blatt 15

**Befehl zum Vorgehen gegen die Initiatoren des Appells "Tschernobyl wirkt überall"**

**Signatur:** BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 333, Bl. 15-17

Blatt 16

**Befehl zum Vorgehen gegen die Initiatoren des Appells "Tschernobyl wirkt überall"**

3  
BStU  
000017  
VS MfS o008-39/86

2. Einsatz staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte, um differenziert auf die Unterzeichner politisch-operativ einzuwirken und eine Eskalation zu verhindern.
3. Einsatz von IM und anderen operativen Möglichkeiten und Mitteln des MfS, um eine Verbreitung des Appells in der DDR und im Ausland zu unterbinden; festgestellte Abzüge des Appells sind einzuziehen.  
In geeigneter Weise ist auf kirchenleitende Personen Einfluß darauf zu nehmen, daß innerkirchliche Druckerzeugnisse und Kirchenzeitungen sowie geplante kirchliche Veranstaltungen wie zum Beispiel "Friedenswerkstatt", "Friedenswanderungen" und die Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche u. a. politisch nicht mißbraucht werden und keine Veröffentlichung oder Verbreitung des Appells erfolgt.
4. Hinweise auf die Durchführung von derartigen Unterschriften-sammlungen zu diesem provokativen Appell bzw. ähnlichen "Papieren" sind entsprechend der Dienstanweisung 2/85 des Genossen Minister dem Leiter der Hauptabteilung XX sofort zu melden.

*mitig*  
Generalleutnant

**Signatur:** BArch, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 333, BL 15-17

Blatt 17